

Leipzig-West-Anleger dürfen hoffen

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Wirtschaftsprüfer · Heute findet der entscheidende Prozesstag statt

VON UTE GÖGGMANN
UND MARKUS ZYDRA, FRANKFURT

Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat im Millionenskandal der insolventen Wohnungsgesellschaft Leipzig West AG Ermittlungen gegen die ehemaligen Wirtschaftsprüfer des Unternehmens aufgenommen. „Es besteht der Verdacht auf Beihilfe zum Betrug“, sagte Lutz Lehmann, Sprecher der Staatsanwaltschaft Leipzig, der FTD. Die Ermittler gingen davon aus, dass die beiden Wirtschaftsprüfer Emissionsprospekte des Anleiheemittenten absegneten, obwohl ihnen hätte klar sein müssen, dass die Gesellschaft nicht in der Lage war, das Geld zurückzuzahlen.

Damit ergibt sich für die knapp 30 000 geprellten Anleger ein neuer Hoffnungsschimmer auf Schadensersatz. „Sollte sich der Vorwurf gegen die Wirtschaftsprüfer erhärten und sie gemäß dem Vorwurf verurteilt werden, bestehen gute Chancen, sie in Haftung zu nehmen“, sagte der Münchner Anlegeranwalt Peter Mattil. Strategie sei es, an die für Wirtschaftsprüfer verpflichtende Vermögenshaftpflichtversicherung heranzukommen. Anleger haben nach Berechnungen von Anlegerschützern durch die Leipzig-West-Pleite im Juni 2006 rund 250 Mio. € Euro verloren.

Die Ermittlungen gegen die Wirtschaftsprüfer laufen bereits seit Längerem, jedoch wurde erst diese Woche bekannt, dass auch ein begründeter Verdacht für den Vorwurf vorliegt. So wurde öffentlich, dass – einer Aussage eines Aufsichtsrats von Leipzig West zufolge – einer der Wirtschaftsprüfer angeboten habe, gegen die Zahlung von 8000 € den Prüfvermerk für die Bilanz des Jahres 2004 nachträglich zu erteilen.

Anwalt Mattil äußerte zudem Zweifel an der gewissenhaften Arbeit der Aufsichtsräte der insolventen Wohnungsgesellschaft: „Sie hätten unserer Ansicht nach schon vor Jahren den Vorstand Pierre Klusmeyer aus wichtigem Grund abberufen müssen, da dieser die Kontrolle über das Unternehmen nicht ausübte“, sagte Mattil. „Sie hätten auch vor Jahren bereits Strafanzeige erstatten müssen, da das Unternehmen unübersehbar von Herrn Schlögel ausgeblutet wurde.“ Jürgen Schlögel ist der ehemalige Großaktionär der Leipzig West AG.

„Kein vernünftig denkender Mensch konnte davon ausgehen, dass Herr Schlögel Beträge zwischen 50 und 70 Mio. €, die er dem

Stempel mit Preisschild: Wirtschaftsprüfer sollen gegen Bezahlung Emissionsprospekte und Bilanzen der Leipzig-West absegnen haben



Unternehmen entzogen hatte, würde zurückzahlen können“, so der Anwalt weiter. Gegen zwei von drei Aufsichtsräte laufen zivilrechtliche Verfahren.

Schlögel und sein ehemaliger Vorstandskollege Klusmeyer müssen sich dagegen seit dem 11. Mai vor dem Landgericht Leipzig wegen schweren Betrugs und Insolvenzverschleppung verantworten. Die

Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, allein im Jahr 2006 4858 Anleger um insgesamt rund 26,6 Mio. € geprellt zu haben. Laut Staatsanwaltschaft verleiteten die Angeklagten die Anleger zu Investitionen in Inhaberschuldverschreibungen, obwohl sie spätestens seit dem

Jahr 2004 wussten, dass für Rückzahlung und Zinsen kein Kapital zur Verfügung stehen würde.

Laut Gutachten des Insolvenzverwalters Lucas Flöther hat Schlögel für sich selbst fast 100 Mio. € aus der Leipzig West abgezogen – von dem Geld fehlt bis heute jede Spur. Anlegeranwalt Jochen Resch,

nur wenig Hoffnung machen, dass sie ihr Geld jemals wiedersehen werden. Die vorhandene Masse reiche gerade, um die Kosten des Insolvenzverfahrens zu decken, sagte er. Die Immobilien der Leipzig West werden derzeit per Bieterverfahren versteigert, sie sind größtenteils mit Schulden belastet.

Seit 1999 verkaufte die Gesellschaft vor allem Kleinsparern Anleihen des Unternehmens. Ab 500 € Einlage versprachen Schlögel und Klusmeyer vergleichsweise hohe Renditen von fünf bis sieben Prozent bei einer Laufzeit der Inhaberschuldverschreibungen von maximal fünf Jahren.

Verbraucherzentralen und das Deutsche Institut für Anlegerschutz hatten schon seit Längerem vor den Versprechungen des Immobilienunternehmens gewarnt. Sie fordern seit Langem eine stärkere Aufsicht für den unregulierten Kapitalmarkt. Dubiose Kapitalanlagegesellschaften locken jährlich Tausende von Anlegern in Schuldverschreibungen. Viele wissen nicht, dass sie im Fall einer Insolvenz am Ende der Zurückzahlungskette stehen und nicht selten leer ausgehen.

Heute findet der vierte Prozesstag statt. Martin Meinberg, der Anwalt Schlögels, erwartet, dass die Staatsanwaltschaft zu seinen Anträgen Stellung nimmt. Er forderte die Einstellung sowie eine Aussetzung des Verfahrens. Zudem hatte er Verfassungsbeschwerde gegen die Haftdauer seines Mandanten eingereicht. „Er sitzt seit mehr als neun Monaten in Untersuchungshaft“, sagte Meinberg. Sollten seine Anträge abgelehnt werden, könnte das Urteil schon im September verkündet werden.

WEITERER BERICHT | Seite 24